

Wien, 19. Oktober 2021

An den  
Zentralausschuss  
f. d. Bed. d. öffentl. Sicherheitswesens  
im Hause

**Betr.: Zuteilungen in das Burgenland aus anderen Bundesländern –  
Inakzeptabel kurze Vorlaufzeiten für Kolleg\*innen**

Von der **FSG / Klub der Exekutive** im Zentralausschuss werden die Mitglieder des Zentralausschusses um Beschlussfassung in folgender Angelegenheit gebeten:

## **A n t r a g**

Der ZA möge den Dienstgeber bei Bundesländer übergreifenden Zuteilungen darauf aufmerksam machen, dass den betroffenen Kolleg\*innen ein ausreichendes Maß an Vorlaufzeit (wie in der DZR LPD 2017 vorgesehen) einzuräumen ist.

Zudem sollte bereits der Erlass zur Fremdkräftezuweisung ausreichende und konkrete Informationen zum Einsatzort bzw. zuständiger Ansprechpersonen am Zuteilungsort enthalten.

### **Begründung:**

Als Beispiel darf angeführt werden, dass am 01.10.2021 vom BMI kurzfristig aus anderen Bundesländern eine Fremdkräftezuweisung zur LPD Burgenland mit Wirkung vom 04.10.2021 angeordnet wurde.

Dabei ist anzumerken, dass es sich beim 01.10.2021 um einen Freitag handelte und die Zuteilungen für die betroffenen Kolleg\*innen für den unmittelbar darauffolgenden Montag, den 04.10.2021 verfügt wurden.

Sowohl die LPD als auch die Abgangsdienststellen waren, durch die vom BMI gewählte Vorgangsweise, gezwungen einen „überfallsartigen Marschbefehl“ an die burgenländisch-ungarische Grenze zu erteilen.

Keine Vorbereitungszeit, kein Treffen von persönlichen Vorkehrungen, keine Planbarkeit!

Keine Unterstützung, etwa durch Nennung von Ansprechpersonen an den Zuteilungsorten!

Wertschätzender Umgang mit allen Bediensteten des BMI ist einzufordern.

**Mit freundlichen Grüßen:**

**Hermann Greylinger**  
Fraktionsvorsitzender

**Martin Noschiel**

**Walter Haspl**

**Dein Team im Zentralausschuss**